Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 47 (1953)
Heft: 9

Artikel: Eine Stimme aus Berlin
Autor: Rackwitz, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139808

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ähnlich ist, entgegen dem «weichgewordenen Gottesbegriff des Christentums, der in Kriegszeiten versagt.» *Deutlicher könnte nicht zugegeben werden, daß der Feldprediger notgedrungen zum heidnischen oder jüdischen Gottesbegriff zurückgreifen muß.* Tatsächlich mußten alle Kriegsprediger und zu allen Zeiten zu Texten aus dem Alten Testament greifen, um eine christliche Kriegführung zu verteidigen, also zu Texten aus jener Zeit, wo man noch an verschiedene Volksgötter glaubte. Auf den Gott des Neuen Testamentes, den uns Jesus geoffenbart hat, kann man sich für einen Krieg niemals berufen, schon deswegen nicht, weil er der *eine Vater aller* Menschen ist.* *H.*

Eine Stimme aus Berlin

«Die Kirche hat kein Hehl daraus gemacht, daß ihr Herz bei dem deutschen Arbeiter ist, der in diesen Tagen gegen eine diktatorische Gewalt aufgestanden ist, die ihm alles zumuten zu können meinte. Sie wird auch für die vielen Verhafteten und für deren Angehörige tun, was nur irgend möglich ist.»

Mit diesen Worten kommentierte der evangelische Bischof von Berlin, D. Dibelius, Vorsitzender des Rates der evangelischen Kirchen Deutschlands, wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 in einer Rundfunkansprache die Unruhen in Ostberlin und in der DDR, die überall so große Beachtung gefunden und die vielfältigsten Hoffnungen erweckt haben. Der Bischof hat damit nicht nur seine persönliche Meinung ausgesprochen, sondern kann sicher sein, daß jede kirchliche Synode, die darüber befragt würde, ihm nahezu einmütig zustimmen dürfte. Es hat auch nur wenige Gottesdienste in jenen Tagen gegeben, in denen nicht der gefallenen und verhafteten Opfer des mißlungenen Umsturzversuches in besonders herzlicher Fürbitte gedacht worden wäre. Dabei werden nur wenige an die Polizeibeamten gedacht haben, die in Erfüllung ihrer Dienstpflicht bei der ihnen befohlenen Aufgabe, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, ihr Leben hingegeben haben. Das Herz der Kirche schlug wirklich diesmal nur für die Arbeiter.

Es erhebt sich die Frage, ob wir es hier mit einer evangelischen Neubesinnung über die Stellung des Christen zur Revolution zu tun haben — denn niemals vorher hat der Bischof von Berlin oder ein anderer Bischof sich mit revolutionären Erhebungen der Arbeiterschaft in dieser Weise solidarisch erklärt —, oder ob nur die kirchliche Abneigung gegen das ganze System des Kommunismus so heftig ist, daß darüber sogar die traditionelle Abneigung gegen jede gewaltsame Revolution preisgegeben werden konnte. So wie einige Zeit früher die traditionelle Abneigung der

* Der schweizerischen Kirchenzeitung, die sonst überall Ketzereien aufspürt, sind offenbar diese Ketzereien im «Feldprediger» ganz entgangen. Hier fände sie ein dankbares Gebiet für ihre Schnüffeleien. *H.*

Kirche gegen jeden Pazifismus nicht etwa vom Evangelium her, sondern dadurch überwunden wurde, daß am Horizont des Zeitgeschehens die Möglichkeit auftauchte, daß vielleicht eines Tages deutsche Menschen zum Militär- und Kriegsdienst unter einer kommunistischen Obrigkeit und zur Verteidigung einer sozialistischen Ordnung aufgeboten werden könnten.

Man kann sich schwer des Eindrucks erwehren, daß auch in der Beurteilung des 17. Juni die kirchliche Parteinahme, wenn auch unbewußt, weit stärker von dem allgemeinen bürgerlichen Ressentiment gegen den Kommunismus als von einer Vertiefung der evangelischen Ethik hergeleitet werden muß. Schon das unterschiedslose Eintreten für «die vielen Verhafteten» läßt eine sorgfältigere Unterscheidung zwischen Unschuldigen und Schuldigen vermissen. Wer die Psychologie gewaltsamer Volkserhebungen kennt, weiß doch, daß bei ihnen stets neben dem opferbereiten Einsatz für hohe Ziele die bedenklichsten Ausschreitungen asozialer Elemente stehen, die aus der Aufhebung aller gesetzlichen Ordnung auf ihre Weise zu profitieren versuchen. Auch diesmal hat es an Ausschreitungen aller Art nicht gefehlt: Geschäfte wurden geplündert, Häuser und Kioske in Brand gesteckt, Straßenbahnen zum Entgleisen gebracht und umgeworfen, Gefängnisse gestürmt, mißliebige Personen totgeschlagen, Polizeibeamte tätlich bedroht und sogar die russischen Panzer (die nicht eigentlich kämpften, sondern nur demonstrierten) mit Schmährufen und Steinwürfen überschüttet. Ein Augenzeuge berichtete mir glaubwürdig, daß im Anfangsstadium der Unruhen, ehe die sowjetischen Panzer die Übergänge in die Westsektoren der Stadt hermetisch abgeriegelt hatten, Lastwagen aus Westberlin gekommen seien und aus geplünderten Geschäften die dort zum Verkauf stehenden neuen Schreibmaschinen ungehindert nach Westberlin abtransportiert hätten, eine gewiß sehr eigenartige Art der Hilfe für die notleidende Ostbevölkerung. Der «Tagesspiegel», der von allen Westberliner Zeitungen am wenigsten im Verdacht steht, dem Osten auch nur die leisesten Sympathien entgegenzubringen, ergänzte seine begeisterten Schilderungen vom Heldenmut und Märtyrertum der Aufständischen am 30. Juni durch die kleine und versteckte Notiz, daß zwei jugendliche Teilnehmer des Aufstandes, die wegen Tötung eines Polizeioffiziers zunächst zum Tode verurteilt worden waren, durch das Oberste Gericht der Sowjetzone zu je fünfzehn Jahren Zuchthaus begnadigt worden seien. In welchem Lande der Welt darf man Polizeioffiziere totschlagen, ohne dafür sehr schwer bestraft zu werden? Selbst wenn man die besondere revolutionäre Situation in Rechnung stellt und außerdem annimmt, daß die sowjetischen Militär- und die deutschen Zivilgerichte, die Maße der Gerechtigkeit überschreitend, eine Abschreckungsjustiz geübt, auch vielleicht in einzelnen Fällen Unschuldige verurteilt haben (was ja leider auch sonst bisweilen geschieht), so bleibt es doch schwer vertretbar, alle Verhafteten ohne Differenzierung unter eine besondere kirchliche Anteilnahme zu stellen, die über das Maß der uns gebotenen Fürbitte für alle Gefangenen weit hinausgeht.

In die eigentlich politischen Fragestellungen aber kommen wir erst hinein, wenn wir darauf eingehen, daß «das Herz der Kirche bei dem deutschen Arbeiter ist, der gegen eine diktatorische Gewalt aufgestanden ist, die ihm alles zumuten zu können meinte». Mit solchen Worten macht sich die Kirche die Sache zu leicht. Sie übernimmt unbesehen die Begriffe der antikommunistischen Propaganda und unterläßt es, der Welt das Vorbild zu geben, das sie ihr schuldig ist. Sie müßte allen irdischen Geschehnissen, mögen sie noch so bedenklich und unvollkommen sein, von der Warte des Evangeliums her mit dem ernsten Bemühen um die größtmögliche Gerechtigkeit, mit dem aufrichtigen Willen des Verstehens und wenigstens mit einem Mindestmaß von Liebe gegenübertreten. Wie das gemeint ist, läßt sich gut an den «Zumutungen» aufzeigen, die die Regierung der DDR der arbeitenden Bevölkerung auferlegt und die die Kirche so unerträglich findet, daß sie die Auflehnung dagegen mit ihrer Sympathie begleitet.

1. Die erste Zumutung besteht in der Umwandlung der bisherigen kapitalistischen Form in eine kommunistische. Ob das vom christlichen Standpunkt aus etwas Gutes oder Böses ist, lasse ich hier absichtlich als offene Frage stehen und stelle nur fest, daß es ungerecht wäre, irgendeinen Deutschen, irgendeine Partei oder Regierung in Deutschland für diese Zielsetzung verantwortlich zu machen. Nach der bedingungslosen Kapitulation nahmen alle Siegernationen das Recht für sich in Anspruch, das besiegte Land nach ihren Prinzipien neu zu formen. So wenig die Westmächte in den von ihnen besetzten Gebieten die Bildung kommunistischer Regierungen (etwa gar mit einer gegen sie gerichteten Tendenz) geduldet hätten, so wenig waren die Russen bereit, in den ihnen von allen Alliierten zur Besetzung und Kontrolle übergebenen Ostprovinzen eine andere als die von ihnen entwickelte kommunistische Staatsform zuzulassen. Nur Katastrophenpolitiker, denen das Schicksal der Menschen gleichgültig ist, können es wünschen oder dem deutschen Volk einreden, es möge sich gewaltsam dem Willen der Sieger widersetzen.

2. Es wird den Ostdeutschen zugemutet, sich mit einem niedrigeren Lebensstandard zu begnügen, als Westdeutschland ihn inzwischen wieder erreicht hat. Das ist nicht etwa ein Beweis für die Überlegenheit des kapitalistischen und die Mangelhaftigkeit des kommunistischen Systems, erst recht nicht die Auswirkung einer menschenfeindlichen Grundeinstellung der marxistischen Politiker, sondern die zwangsläufige Folge einiger Umstände, die vielfach nicht genügend beachtet werden:

a) Der schnellere Wiederaufstieg Westdeutschlands, dessen Früchte aber keineswegs allen Kreisen der Bevölkerung zugute kommen, wurde allein durch große Hilfsaktionen der USA ermöglicht, die neben vielem Guten auch die sehr bedenkliche Folge hatten, daß heute schon im Bereich der amerikanischen Dollarinvestitionen die bitteren Lehren des letzten Krieges nahezu vergessen sind.

b) Der Wiederaufbau der landwirtschaftlichen und industriellen Pro-

duktion sowie der zerstörten Wohnhäuser im Osten mußte nicht nur ohne die geringste auswärtige Hilfe allein aus eigenen Kräften durchgeführt werden, sondern war und ist noch jetzt aufs schwerste belastet durch die von der Sowjetunion geforderte Kriegsentschädigung in Höhe von zehn Milliarden, von deren Aufbringung Westdeutschland völlig frei ist, obwohl es doch auch gegen Rußland Krieg geführt hat. Der jetzt von der Sowjetregierung in Aussicht gestellte Erlaß weiterer Reparationszahlungen wird es ermöglichen, *täglich* Verbrauchsgüter im Werte von 300 000 DM mehr als bisher dem inländischen Bedarf zuzuführen.

c) Der Osten Deutschlands war in viel höherem Maße als der Westen durch den Krieg und seinen Ausgang in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach den Kriegsverlusten und den Entnahmen durch die Rote Armee und die Besatzung (die damit nur einen kleinen Teil dessen wiedererlangte, was deutsche Truppen aus Rußland herausgeholt oder beim Rückzug in Rußland systematisch zerstört hatten) mußte auf allen Gebieten im wahrsten Sinne des Wortes vom Nullpunkt aus wieder angefangen werden. Von Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen, von Industrieanlagen und Verkehrsmitteln waren höchstens einige kümmerliche Reste übrig geblieben. Es gab im Gebiet der DDR nicht ein einziges stahlerzeugendes Werk, mit Oberschlesien gingen sämtliche Steinkohlen verloren. Jede Tonne Stahl oder Steinkohle mußte eingeführt und durch Lieferung anderer Waren bezahlt werden, die dann wieder beim Inlandsbedarf schmerzlich fehlten. Für die Bewirtschaftung des ostelbischen Großgrundbesitzes fehlten alle Voraussetzungen. Mit dem Spaten in der Hand mußten die Neusiedler ihre kleinen Parzellen umgraben, um sich selbst und die Stadtbevölkerung vor dem Hungertode zu bewahren.

d) Trotz all diesen Vorbelastungen ist in den acht Jahren seit Kriegsende in Ostdeutschland eine Aufbauarbeit geleistet worden, die turmhoch über dem liegt, was die Westprovinzen im gleichen Zeitraum aus eigener Kraft vollbracht haben. Brot, Mehl, Kartoffeln, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst sind überall zu Ostmarkpreisen, die auch nominell unter den entsprechenden Westmarkpreisen liegen, frei käuflich. Auf Lebensmittelkarten werden Fleisch, Fett und Zucker zu Vorkriegspreisen und in einer Menge abgegeben, die nicht erheblich unter dem Durchschnittsverbrauch eines Westberliner Arbeiterhaushaltes liegt (von dem im Osten unbekannten Millionenheer der Arbeitslosen ganz zu schweigen!). Auf die niedrigste Lebensmittelkarte (für Personen, die nicht in bezahlter Arbeit stehen) entfallen in Ostberlin monatlich 1380 Gramm Fett (je ein Drittel Butter, Margarine und Schmalz), 1550 Gramm Zucker und 2000 Gramm Fleisch (davon 25 bis 33 Prozent Fisch). Der Neubau von Wohnungen hat in erstaunlichem Tempo eingesetzt und wird ohne ausländische Beihilfen (ohne die im Westen nicht ein einziges Bauvorhaben begonnen wird) ganz aus eigener Kraft durchgeführt. Die Mieten sind, da alle Kapitalgewinne wegfallen, ohne Berücksichtigung der Valutadifferenz nur etwa halb so teuer wie in Westberlin, und alle diese Erfolge

ruhen auf einer gesunden Basis, nicht auf Almosen und nicht auf Schulden, sondern auf eigener Arbeit und Mühe. Es gibt zwar noch manche Bedürfnisse, die zunächst unbefriedigt bleiben müssen, aber von einer Not, die die Menschen zur Verzweiflung treiben müßte, kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Der Erfolg der in ihren Motiven und Methoden fragwürdigen Aktion der Geschenkpakete für die Ostzonenbewohner beweist nicht das Gegenteil. Auch in Westdeutschland und ebenso wohl in manch einem noch viel reicheren Lande würden sich genau so viele Menschen einfinden, wenn man ihnen eine Gratis-Lebensmittelspende anböte.

3. Es wird der arbeitenden Bevölkerung zugemutet, nach sorgfältig ausgearbeiteten Volkswirtschaftsplänen zu arbeiten. Für jeden Betrieb und für jeden Arbeiter ist eine genaue Norm seiner täglichen Arbeitsleistung, für die Landbevölkerung ein bestimmtes Ablieferungssoll festgesetzt. Die Kritiker des Ostens, auch prominente Führer der Kirche, sehen hiermit die Würde des Menschen bedroht, der, wie sie es ausdrücken, für ein totes Schema, für einen erbarmungslosen Staatsmoloch aufgeopfert wird. Merkwürdigerweise haben gerade diese Kreise früher niemals ein Wort des Protestes gefunden, als die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Bereitschaft zum Militärdienst und im Kriege sogar zur Hingabe ihres Lebens und zur Übertretung aller Gebote Gottes gezwungen wurden. Auch Arbeitsverpflichtungen hat es in Kriegszeiten gegeben und ebenso die staatliche Lenkung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung. Die Begründung, daß alle diese Maßnahmen eben in kritischen Situationen unvermeidlich seien, trifft nun in noch höherem Maße für die Lage Ostdeutschlands in den Jahren nach 1945 zu, in denen die bloße Erhaltung des nackten Lebens für die Übriggebliebenen zunächst als ein unlösbares Problem erschien. Die Normen und das Soll sind keine Erfindungen böswilliger Menschenverächter, sondern bittere Notwendigkeiten, die nur den einen Zweck haben, das Menschenmögliche für die Versorgung der Menschen zu tun. Unter den vielen Propagandaparolen, die man im Osten an jeder Straßenecke sehen kann, ist eine jedenfalls richtig und überzeugend: «Durch mehr Arbeit zu besserem Leben!» Wer das bekrittelt oder bespöttelt, möge uns sagen, auf welchem anderen Wege er die Versorgung der Großstädte mit Brot und die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen sichergestellt hätte. Und wenn die Gefahr des Hungertodes für Millionen von Menschen heute als abgewendet gelten kann, so bleibt doch auch heute noch jede Verbesserung der Lebenslage der Menschen von dem vollen Einsatz aller Arbeitskräfte an der richtigen Stelle abhängig. In einem Atemzuge über die Not der Versorgung und über die hohe Beanspruchung der Arbeitskräfte zu stöhnen, ist jedenfalls ebenso ungereimt, als wenn man von einem Parlament oder einem Finanzminister gleichzeitig die Erhöhung der staatlichen Ausgaben und die Herabsetzung der Steuern fordern wollte.

Auch der Vorwurf der «Ausbeutung» der Arbeiter durch den Staat ist sachlich falsch. Dieser Begriff kann nur angewendet werden, wo sich private Besitzer des Produktionskapitals an der Arbeit des Proletariats persön-

lich bereichern, und diese Möglichkeit ist nicht mehr gegeben, sobald die Produktionsmittel in Volkseigentum verwandelt worden sind. Daß der Staat seinerseits einen Teil des Arbeitsproduktes für sich beansprucht, um damit gemeinsame Aufgaben zu finanzieren und arbeitsunfähige Personen zu erhalten, gehört zum Wesen *jeder* Wirtschaftsordnung, auch der kapitalistischen. Nach dem totalen Verlust eines totalen Krieges muß diese staatliche Hypothek auf aller Arbeit naturgemäß besonders hoch und drückend sein, und sie ist es tatsächlich in Westdeutschland ebenso wie im Osten. Nur in der Form der Erhebung und in der Art der Verwendung gibt es bedeutsame Unterschiede: was zum Beispiel der Westen für die Versorgung der Arbeitslosen aufwendet, kommt im Osten den Studenten zugute: jeder Studierende ohne Ausnahme erhält hier ein Stipendium von monatlich mindestens 150 DM, wodurch das unerfreuliche Bildungsmonopol der Besitzenden endlich und endgültig beseitigt ist.

4. Es wird der Bevölkerung in der DDR zugemutet, auf viele demokratische Rechte zu verzichten. Die betont häufige Anwendung des Wortes Demokratie (schon in dem Namen «Deutsche Demokratische Republik») vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es, abgesehen von Kleinigkeiten, keine Möglichkeit einer öffentlichen Kritik an den Maßnahmen der Regierung gibt, weder in der Presse noch auf dem Wege von Parlamentswahlen. Es ist wahrscheinlich nicht nur unerfreulich, sondern auch unklug, ein Volk so mundtot zu machen, daß eine Opposition sich gar nicht anders als in gewaltsamen Erhebungen und Revolten bemerkbar machen kann. Aber auch hier erfordert es die Gerechtigkeit, daß man nicht einfach die freiheitlichen Möglichkeiten eines wirtschaftlich und politisch gesunden Landes auf die besondere und ganz andere Situation überträgt, die wir im Osten vorfinden. Die Anforderungen, die hier um ihrer eigenen Zukunft willen an die Bevölkerung gestellt werden mußten, wären auf dem Wege des westlichen Parlamentarismus niemals durchzusetzen gewesen. Die Demokratie hätte in diesem Falle unweigerlich zum Chaos und zum Untergang geführt, zunächst jedenfalls zu heillosen Konflikten mit der Besatzungsmacht, die ja vor einem ihr entgegenstehenden Willen des besiegten Volkes niemals kapituliert hätte.

Daß die Bewohner der Ostzone mit ihrer Lage höchst unzufrieden sind, kann niemandem verborgen bleiben, der mit ihnen in Berührung kommt. Sie fühlen sich und sind ja auch den Westdeutschen gegenüber benachteiligt. Sie haben die ganze Schwere des verlorenen Krieges zu tragen und beneiden die Menschen jenseits der Zonengrenzen, die aus der gleichen Vergangenheit herkommen wie sie selbst und nun doch ein besseres Los gezogen zu haben scheinen. Sie würden lieber heute als morgen zum Westen übergehen und würden große Risiken auf sich nehmen, wenn ihnen die Erfüllung dieses Wunsches als Preis winkte. Hier liegt, welches auch immer die äußeren Anlässe gewesen sein mögen, das eigentliche Motiv für den Aufstand vom 17. Juni. Die westliche Propaganda, der es nicht um das Wohl der Menschen, sondern um die Diffamierung des

Kommunismus zu tun ist, tut ihr Möglichstes, die vorhandene Mißstimmung zu nähren und auszunützen. Und auch die amerikanischen Milliarden, die den westdeutschen Ländern so viel Hilfe gebracht haben, waren gewiß zu einem Teil dazu bestimmt, im Zeichen des psychologischen Ringens zwischen Ost und West das Glück und die Güte des Kapitalismus gegenüber dem Unheil und der Unfähigkeit und der Böswilligkeit des Kommunismus möglichst handgreiflich zu demonstrieren. Bei der Masse der Menschen, die nur die Vordergründe und nicht die verborgenen Hintergründe der Dinge sieht, ist diese Saat denn auch herrlich aufgegangen. An allen Nöten, die sich irgendwo zeigen, sind nun nicht mehr der Nationalsozialismus und der totale Krieg schuld, sondern nur noch «der Russe» oder das «unmenschliche kommunistische System» oder die SED oder die Pankower Regierung, mit der die westdeutschen Minister nicht über die Einheit Deutschlands verhandeln, weil sie nicht den Willen des Volkes repräsentiert, ein zwar billiges und bequemes, aber auch sehr pharisäisches und liebloses Argument, mit dem nun wirklich der Mensch einem politischen Prinzip geopfert wird.

5. Als eine besonders schwere Zumutung wird es begreiflicherweise empfunden, daß man sich unter dem Einfluß der Besatzungsmacht an ganz neue Formen der Justiz gewöhnen soll. Wer den Mut hat, die überlieferten Rechtsbegriffe der westlichen Welt zur absoluten Norm zu erheben, kommt vielleicht zu dem Schluß, daß der Kommunismus einen Zustand rechtloser Willkür schafft. In Wahrheit geht er nur von einer uns noch fremden Grundkonzeption des Rechtes aus, in der das Interesse der Gemeinschaft viel stärker über das Einzelinteresse gestellt wird, als wir es gewohnt waren. Und wenn, wie es in der Ostzone der Fall war und noch ist, das Leben jedes einzelnen nur erhalten werden kann, wenn es unter größter Anstrengung aller gelingt, das Volk als Ganzes aus einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe ohnegleichen zu retten, sollte man mit dem Vorwurf der Ungerechtigkeit wahrhaft vorsichtiger sein und Verständnis dafür aufbringen, daß eine willentliche Störung der für alle lebensnotwendigen Wirtschaftspläne viel härter bestraft wird als jedes rein individuelle Vergehen. Ein am Evangelium geschultes Gewissen müßte sogar positive Sympathien für eine Rechtsordnung empfinden, durch welche das Individuum nicht in seinem Selbstbehauptungswillen gegenüber allen anderen bestärkt, sondern im Gegenteil zum Opfer persönlicher Interessen zugunsten der Brüder angehalten wird. Als besonders skrupellos muß es bezeichnet werden, wenn Kommunistenfeinde auf der einen Seite immer wieder die Härte der östlichen Strafjustiz anprangern, auf der andern Seite aber kein Bedenken tragen, zur Beschleunigung des von ihnen erhofften Zusammenbruches durch den Rundfunk und durch Agenten der durch die schwersten Strafen bedrohten Bevölkerung laufend detaillierte Anweisungen zu geben, wie sie ihrer Regierung jede nur erdenkliche Schwierigkeit machen, unerfüllbare Forderungen aufstellen und die Warenerzeugung durch Sabotageakte, etwa durch Beschädigung

wichtiger, mühsam hergestellter Industrieanlagen lähmen soll. Die drakonischen Urteile, die dann gegen solche Agenten und alle, die sich von ihnen verführen lassen, gefällt werden, müssen als ein Akt der Notwehr begriffen werden. Ein Messen mit zweierlei Maßstab ist es auch, daß man sich weithin, auch in kirchlichen Kreisen, angewöhnt hat, im Westen von Gefängnissen und Zuchthäusern oder (sofern die Besatzungsmächte in Frage kommen) von Internierungslagern zu reden, während für die gleiche Sache im Osten der Ausdruck «Konzentrationslager» verwendet wird. Keine gegenwärtige Form der Haft läßt sich mit dem gleichstellen, was die Konzentrationslager unter Hitler gewesen sind. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß Verhaftungen und Verurteilungen durch die Besatzungsmächte außerhalb der eigentlichen Rechtssphäre liegen. Nach der Kapitulation gab es keinerlei Rechtsschutz gegen beliebige Maßnahmen der Sieger. Eingriffe dieser Art sind aber im Osten wie im Westen Deutschlands immer seltener geworden und fallen gegenwärtig weder dort noch hier mehr ins Gewicht.

6. Obwohl in dem eingangs zitierten Kommentar des Berliner Bischofs davon nicht die Rede ist, soll doch noch ein Wort zu der weitverbreiteten Auffassung gesagt werden, daß es in der DDR heute wieder einen Kirchenkampf oder gar eine Art Christenverfolgung gebe. Daran ist nur so viel richtig, daß vereinzelt kommunistische Theoretiker die alten törichten Redensarten von der angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus, in der kein Raum für einen Gottesbegriff sei, wieder aufwärmen. Die Leitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aber hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie das nicht mehr wünscht, sei es nun aus taktischen Erwägungen, oder weil sie selbst eingesehen hat, daß die weltanschauliche Seite die schwächste Stelle der marxistischen Dogmatik ist. Jedenfalls wird heute kein Genosse aus der SED ausgeschlossen, der sich in aller Öffentlichkeit zum christlichen Glauben als dem beherrschenden Prinzip seines Lebens bekennt. Und die Kirchen der deutschen Ostprovinzen haben eher Ursache, sich über Begünstigung durch den Staat zu wundern als über Verfolgungsmaßnahmen zu klagen, obwohl sie offenkundig der ganzen Entwicklung zum Sozialismus hin mit der kühlsten Reserviertheit und oft genug in offener Ablehnung gegenüberstehen. Zwar ist die Trennung des Staates von der Kirche als Ziel proklamiert, aber das ist kein Akt der Feindschaft, sichert vielmehr der Kirche eine große innere Freiheit. In finanzieller Hinsicht ist bisher lediglich die Einziehung der Kirchensteuern durch die staatlichen Organe eingestellt und der Kirche selbst überlassen worden. Die staatlichen Zuschüsse werden fast ungekürzt weiter gezahlt, die kirchlichen Ländereien wurden bei der großen Bodenreform von der Enteignung ausgenommen, für den Wiederaufbau zerstörter Kirchen sind hohe staatliche Zuschüsse gegeben worden. Die Geistlichen erhalten die bevorzugten Lebensmittelkarten der arbeitenden Bevölkerung und dürfen mit Unterstützung kirchlicher Katecheten in allen Schulklassen wöchentlich zwei

Religionsstunden erteilen. Fast alle Schüler nehmen unbehelligt an diesem kirchlichen Unterricht teil. In die personelle Zusammensetzung der Kirchenbehörden mischt sich der Staat so wenig ein wie in die Predigt und das innere Leben der Gemeinden. Wo Geistliche oder andere kirchliche Amtsträger in Haft genommen oder verurteilt werden, geht es ausschließlich um Übertretungen staatlicher Anordnungen, wie Wirtschaftsvergehen, Verbreitung nicht zugelassener Druckschriften und «Spionage». Der Begriff der Spionage ist wie in allen Volksdemokratien unverständlich weit ausgedehnt worden, aber auch hier werden die Geistlichen nicht anders zur Verantwortung gezogen als jeder andere Staatsbürger. Von einer Kirchen- oder Christenverfolgung könnte man nur sprechen, wenn man die Forderung erheben will, daß die Diener der Kirche sich straflos über die für alle geltenden Gesetze hinwegsetzen dürfen. Die Kollektivbeschuldigung der kirchlichen Jugendgruppen, sie seien Zentralen einer gegen die Regierung gerichteten Opposition und ständen im Dienst der amerikanischen Propaganda, und die damit zusammenhängenden Strafmaßnahmen gegen einzelne Mitglieder der «Jungen Gemeinde» waren in dieser Verallgemeinerung natürlich unberechtigt und sind auch bald rückgängig gemacht worden, obwohl sie nicht ganz jedes sachlichen Grundes entbehrten. In die Ausbildung der zukünftigen Theologen greift der Staat nur insoweit ein, daß er von ihnen wie von den Studierenden aller Fakultäten ein ernsthaftes Studium der Gesellschaftswissenschaften verlangt, damit sie nicht wie frühere Pastorengenerationen über den Marxismus urteilen, ohne ihn überhaupt zu kennen. Und weil junge Geistliche, die westdeutsche Universitäten und Predigerseminare besucht haben, diese Voraussetzungen nicht, dafür aber die unsinnigsten Vorurteile gegen alles, was Kommunismus heißt, mitbringen, wird es ihnen seit einiger Zeit durch Verweigerung der Zuzugsgenehmigung unmöglich gemacht, eine Pfarrstelle im Osten zu übernehmen. Ob wohl die amerikanische Regierung anders handeln würde, wenn eine Gemeinde dort sich einen Pfarrer wählte, der seine Ausbildung hinter dem Eisernen Vorhang erhalten hat und in den Gedankengängen des Kommunismus zu Hause ist?

Dies alles will bedacht und in Rechnung gestellt sein, wenn man die Vorgänge des 17. Juni einigermaßen richtig beurteilen und überhaupt zu einer gerechten Würdigung der ostdeutschen Verhältnisse kommen will. Nicht, als ob es keinen Anlaß zu mancherlei Kritik geben möchte! Aber eine Kritik, die, von blindem Haß erfüllt, nur Öl in ein Feuer gießt, das schon gefährlich genug brennt, ist eines verantwortungsbewußten Menschen unwürdig, ob sie nun vom Westen am Osten oder umgekehrt geübt wird. Wer den Frieden liebt und in allen Spannungen dieser Zeit etwas für den Frieden tun will, muß seine Kraft dafür einsetzen, daß einer den andern besser versteht und einer dem andern einigermaßen gerecht wird, ehe aus der Saat des Hasses die grausige Ernte gegenseitiger Vernichtung erwächst.

Arthur Rackwitz